

Organisationen bringen Bedenken über den zivilen Raum in Venezuela vor die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IAKMR)

*Die Repressionen gegen Menschenrechtsaktivist*innen und Mitglieder der Zivilgesellschaft haben nicht abgenommen. Trotz anhaltender Demonstrationen für Arbeitnehmerrechte hat sich die Lage der Bevölkerung in Venezuela nicht verbessert.*

Dienstag, den 14.11.2023 von Daniel Hernández

Organisationen brachten ihre Besorgnis über den zivilgesellschaftlichen Raum in Venezuela vor die IAKMR.

Die Unterdrückung von Menschenrechtsaktivist*innen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft könnte eskalieren und sich verschlimmern. Trotz anhaltender Demonstrationen für Arbeitnehmerrechte hat sich die Lage der Bevölkerung in Venezuela nicht verbessert.

Klicken Sie hier, um die gesamte Konferenz zu sehen:
[Mira la conferencia completa haciendo clic aquí](#)

Angesichts einer Kombination von Faktoren, die Anlass zur Sorge geben, wie Gesetze, nicht geahndete Angriffe, die Not der Menschen, Missstände und fehlender Rechtsschutz, brachten venezolanische Menschenrechtsorganisationen ihre Besorgnis über den schrumpfenden zivilen Raum in Venezuela bei einer Anhörung der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IAKMR) während ihrer 188. Sitzung im November 2023 vor und präsentierten eine Zusammenfassung ihrer Analysen und Petitionen bei einer Nebenveranstaltung am Sitz von Amnesty International USA (AIUSA) in Washington, DC.

Das Zentrum für Aktivist*innen und Gerechtigkeit sprach von 421 Angriffen auf Menschenrechtsaktivist*innen zwischen Januar und September 2023. Diese Zahl stellt einen Anstieg von 6,35 % gegenüber dem Vorjahr dar, sagte die Direktorin **Marianna Romero**. Romero wies auf Stigmatisierung, Kriminalisierung, Drohungen und den Einsatz der Justiz zur Verfolgung, Unterdrückung und Verletzung der Vereinigungsfreiheit, der Möglichkeit, sich zu äußern, sowie der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte hin.

Die venezolanische Beobachtungsstelle für Konflikte hat in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 mehr als 6.000 friedliche Demonstrationen im Land dokumentiert, bei denen es um wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte ging. Es besteht die latente Gefahr einer verstärkten Unterdrückung von Demonstrationen im Zusammenhang mit den Wahlen 2024. "Die Reaktion des Staates ist partiell, minimal, unzureichend und in einigen Fällen repressiv", sagte **Marco Ponce**, Direktor dieser Nichtregierungsorganisation.

Der Einsatz bedrohlicher Gesetze und der Justiz zur Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums hat sich in Fällen von Journalisten, Menschenrechtsaktivist*innen, Gewerkschafter*innen, öffentlichkeitswirksamen Personen, Personen, die von der Regierung als Gegner wahrgenommen werden, Studentenführer*innen und Gebietswächtern im Falle indigener Völker manifestiert, die alle willkürlichen Festnahmen, Isolationshaft und sogar Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt sind. "Es gibt eindeutig eine Linie im Justizsystem, die dazu neigt, die

Vereinigungsfreiheit einzuschränken, anstatt sie zu fördern", sagte **Carlos Lusverti** von der Internationalen Juristenkommission.

Während der Anhörung vor der IAKMR forderte **María Padrón** (Amnesty International), dass der venezolanische Staat die Repressionspolitik und die willkürlichen Verhaftungen aus politischen Gründen, mit denen Andersdenkende zum Schweigen gebracht werden sollen, unverzüglich einstellt und dass die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Venezuela, die sich ausschließlich für den Schutz und die Verteidigung der Rechte aller Menschen, insbesondere der Bedürftigsten, einsetzen, respektiert und gewährleistet wird.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2023/11/25227/situacion-del-espacio-civico-y-democratico-en-venezuela-continua-comprometido>